

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark, im voraus zahlbar. Unter Streifen im In- und Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Illustration Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Welt“, „Stahlbeilage“, „Frauentumme“, „Der Kinderfreund“, „Augen-Beilage“, „Bild in die Buchwelt“, „Kulturarbeit“ und „Jugend“ erscheint wochentlich jeweils Sonntags und Montags einmal.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Mittwoch  
18. Januar 1923  
10 Pfennig

Die einseitige Komparierung des 80 Pfennig Reichsmarkes mit dem Reichsmark „Reine Angaben“ des langgedruckten Wortes 10 Pfennig (zwei getragene Worte), jedes weitere Wort 17 Pfennig. Stellungnahme des 10 Pfennig Reichsmarkes über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig. Anzeigenentwurf im Hauptgeschäftsbereich. wochentlich von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Bernerstraße: Dönhofs 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 57556. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Woblfz. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depostenkasse Lindenstr. 3

## Diktatur gegen die Arbeiter.

### Gewerkschaftsführer werden deportiert — Gewerkschaftsfunktionäre auf die Straße geworfen — in Sowjetrußland.

Das sozialdemokratische Züricher „Volksrecht“ erhält aus zuverlässiger Quelle folgenden Bericht über den Stalinskurs in Rußland:

„Zu denjenigen, die neben Trozki, Kamenev, Rakowski usw. in erster Linie nach Sibirien oder in andere unwirtliche Gegenden Sibiriens verschickt wurden, gehören

die bisherigen Führer der russischen Gewerkschaften.

So traf das Los der Verbannung den auch in Westeuropa wohlbekannten Vorsitzenden des russischen Lebensmittelarbeiterverbandes, Kroll, ferner den Vorsitzenden des russischen Seeleuteverbandes, sowie einen der ersten Sekretäre des russischen Metallarbeiterverbandes. Auch ein Redakteur des „Trud“, des bekannten russischen Gewerkschaftsblattes, wurde deportiert.

Eine lange Reihe anderer Gewerkschaftsfunktionäre, die bloß im Verdacht standen, mit der Opposition zu sympathisieren, oder die schließlich für diese ein Wort einlegten, traf

die Maßnahme der sofortigen Entlassung,

was für die meisten gleichbedeutend mit dem Hungertode ist.

Die also auf die Seite Geschobenen oder Verbannenen bezeichnen die Regierung Stalin und ihre Anhänger übereinstimmend als ausgesprochene Faschisten, erklären, das Stalinregime sei heute so reaktionär und arbeiterfeindlich, daß es sich ruhig mit Mussolini vergleichen dürfe.

Die Stalinleute dagegen bezeichnen die Opposition und namentlich deren bisherige Vertreter an der Spitze der Gewerkschaften als die Urheber der „Verheerung“, die neuerdings in den Kreisen der Arbeiter Platz gegriffen habe. Tatsächlich wirkt sich die Wirtschaftspolitik der Regierung in einem

ungeheuer verschärften Lohndruck aus, in einer zunehmenden Verelendung der Arbeiter.

Die schon in ihrer jämmerlichen Kleidung einen traurigen Eindruck machen, die Leuerung, die Arbeitslosigkeit, die überaus schlimme Wohnungsnot und alles andere lastet.

Die Verschickung der Oppositionsführer nach Sibirien hat in Kreisen der alten Bolschewiki um so mehr Empörung hervorgerufen, als gleichzeitig mit ihr die Beurlaubung der weißgardistischen Offiziere erfolgte.

Die Verschickung der Verbannenen erfolgte am 4., 5. und 6. Januar. Zwei oder drei Tage zuvor fiel Sinowjew mit einem Drittel seiner Anhänger um, während zwei Drittel von ihnen festblieben. Dadurch, daß er keine Reue über seine abgeworfene Hand in Hand mit einer eigenhändigen

Attake gegen die Juden,

die unter der Opposition ein starkes Kontingent bilden und gegen die darum der Haß des Volkes offiziell geführt wird.

## Warschau unzufrieden.

### Notenwechsel statt Verhandlungen mit Litauen.

Warschau, 18. Januar.

Der Inhalt der litauischen Antwort auf die polnische Note, dessen Veröffentlichung durch die litauische Telegraphenagentur in Warschau überraschte, hat höchste Unzufriedenheit hervorgerufen. Während ein Teil der Presse, offensichtlich inspiriert, die litauische Antwort in höflicher Weise als ausweichend bezeichnet, nennt sie der „Glos Prawdy“ ein neues Dokument der Unzurechnungsfähigkeit. Der litauische Vorwurf, Polen organisiere in Lida ein litauisches Emigrantenheer, weist die litauische Antwort sowohl ihrem Inhalt als auch ihrer Form nach den Boden für die Aufnahme von Verhandlungen bieten könne. Man glaubt vielmehr, daß sich ein weiterer Notenwechsel entwickeln wird, dessen Ergebnis schon deshalb nicht zu übersehen ist, weil Litauen den Völkerbund in die Verhandlungen miteinzubeziehen wünscht, was hier als ein Verschleppungsversuch gedeutet wird.

Der Oberbefehlshaber der litauischen Armee ist am Dienstag plötzlich zurückgetreten. Angeblich sollen hierfür Gesundheitsgründe maßgebend gewesen sein.

Moskau als Friedensstifter.

Die Sowjetregierung hat in Kowno ein Memorandum über die bevorstehenden Verhandlungen zwischen Litauen und Polen überreichen lassen. Der Inhalt dieses Schriftstückes wird vorläufig vertraulich behandelt.

## Völkerbund-Untersuchung beantragt?

### Ein Vorstoß der tschechischen Sozialisten.

Prag, 18. Januar. (Eigenbericht.)

Die tschechischen Sozialdemokraten haben über die von österreichisch-ungarischen Grenz- oder österreichischen Zollbeamten beschlagnahmten Waffenfundungen eine Interpellation eingebracht, in der um Aufklärung über die Herkunft der Waffen erlucht wird. Sie verlangen Auskunft über das, was die Regierung unternommen habe, damit die internationalen Organe, die mit der Kontrolle Ungarns bezüglich der Einhaltung der Friedensverträge betraut sind, ihren Verpflichtungen nachkommen.

Genf erwartet die Initiative der Kleinen Entente.

Genf, 18. Januar. (Eigenbericht.)

Es wird hier sehr als sicher angenommen, daß die auf der englischen Grenzstation St. Gotthard angehaltenen Wagonladungen mit Maschinengewehren Anlaß für das erste Inves-

gationsverfahren des Völkerbundes bilden werde. Voraussichtlich werden noch im Laufe dieser Woche entsprechende Anträge von den drei Regierungen der Kleinen Entente eingereicht.

## Oeffentlichkeit in Havanna!

### Von U.S.A. gebilligt — nichts Wichtiges wird verhandelt.

Havanna, 18. Januar.

In der vorbereitenden Versammlung der Delegationsführer der Panamerikanischen Konferenz beantragte der Vorsitzende der argentinischen Abordnung Honorio Pueyrredon volle Oeffentlichkeit für die Verhandlungen auch der Ausschüsse. Der Antrag wurde von dem Vorsitzenden der Abordnung der Vereinigten Staaten, Hughes, unterstützt, was bei vielen Delegierten große Überraschung hervorrief.

Santiago de Chile, 18. Januar.

„El Mercurio“ schreibt, die Panamerikanische Konferenz trete unter wenig günstigen Auspizien zusammen. Die Vereinigten Staaten erschienen auf der Konferenz unter einer schweren Anklage, die den meisten Mitgliedern dieser seltsamen Versammlung auf der Sprache schwebt.

Bogota (Kolumbien), 18. Januar.

„Tiempo“ sagt zur Rede Coolidges auf der Panamerikanischen Konferenz, der Präsident der Vereinigten Staaten würde besser daran getan haben, das Panorama der interamerikanischen Beziehungen nicht aus Schauspiel der Gerechtigkeit hinzustellen.

## Mussolini erobert die Wüste.

### Schafe und Kamele erbeutet.

Rom, 18. Jan. ar.

Um die beiden libyschen Kolonien (Tripolis und Cyrenaika) endgültig territorial miteinander zu verbinden, sowie um das Gebiet an der großen Syrte vollständig zu besetzen und den letzten Widerstand der kriegerischen Negerstämme zu brechen, haben italienische Kolonialtruppen zwischen dem 3. und 14. Januar eine Reihe von Operationen ausgeführt, die sich zwischen Buerat und Hsun auf eine Strecke von 240 Kilometer ausdehnten. Den italienischen Truppen ist es gelungen, mehrere seit 1915 aufgegebene Drikschaften wieder zu besetzen. Die Aufständischen wurden gezwungen, sich nach Süden in Richtung Casis Zalla in Unordnung zurückzuziehen; sie ließen auf dem Schlachtfeld 100 Tote, 400 Gefangene, 500 Gewehre, 20 000 Schafe, 5000 Kamele, 30 Zelte und viel Material zurück.

## Bestarp antwortet Zibusch.

### Mary als Schwurzeuge für monarchistische Propaganda.

Graf Bestarp, der Führer der Deutschnationalen, sprach auf einer Reichsgründungsfeier der Deutschnationalen Volkspartei:

„Darum halten wir an der Ueberlieferung des Kaisergedankens fest. Das Recht hierzu haben wir uns in der jetzigen Regierungskoalition erhalten. Nachdem der Vorsitzende der Zentrumspartei, Reichstagsführer Dr. Mary, ausdrücklich erklärt hat, seine Partei sei weder monarchisch noch republikanisch; nachdem die Bayerische Volkspartei betont hat, doch auch für sie die Annäherung an das Zentrum keine Preisgabe des monarchischen Gedankens bedeute, und nachdem die Deutsche Volkspartei in ihrem Programm im deutschen Reichertum das Sinnbild deutscher Einheit, die für unser Volk nach Geschichte und Befensart geeignetste Staatsform zu erblicken erklärt hat, wird niemand den agitatorischen Angriffen, die gegen uns erhoben werden, Bedeutung beilegen können.“

Mary als Schwurzeuge für die monarchistische Propaganda der Deutschnationalen — das zeigt seine Stellung von heute in bengalischer Beleuchtung.

## Der bürgerliche Ton.

Im katholischen „Westdeutschen Volksblatt“ schreibt der Reichstagsabgeordnete A. Boos über „Politische Briefe, die besser unterblieben wären“, die folgenden Sätze:

„Es gibt wieder heute eine in Kreisen bürgerlicher Kalinos üblich gewordene Art, von Gewerkschaftssekretären und Arbeitersekretären zu sprechen, die wir entschieden ablehnen müssen. Es schwingt dabei etwas Despektierliches, Verachtendes in den Unterwürigen mit, das verfehlt und beleidigt. Wir kennen den Ton aus der Vorkriegszeit. In den Tagen des Umsturzes und geraume Zeit danach spürte man wenig mehr davon. Der Mann der Arbeiterbewegung galt und man machte die Reuerenz, die nicht gesucht und nicht beanprucht war. Voraus ankommt, ist die natürliche und selbstverständliche Stellung, weiter nichts. Aber seitdem hat sich wieder etwas geändert, nicht allgemein, aber in weitem bürgerlichen Kreisen. Man fühlt sich wieder sicher, der Mechanismus, der Befehl und Amt verbürgt, ist in Ordnung. Nun kann man wieder von oben herab sprechen.“

## Ein schöner Erfolg.

### Aus einer kleinen Landgemeinde.

Einen hübschen Erfolg konnte die Sozialdemokratie in der Gemeinde Luth, Kreis Königsberg in Preußen, erringen. Hier fanden im Abstand von acht Wochen Kreisstags- und Gemeindevahlen statt. Bei den Kreisstagswahlen hatte die Sozialdemokratie 153 Stimmen auf sich vereinigt, die Bürgerlichen 151 und die Kommunisten 66. Am letzten Sonntag bei den Gemeindevahlen erhielt die Sozialdemokratie mit 199 Stimmen die Mehrheit der abgegebenen Stimmen, während die Bürgerlichen nur 122, die Kommunisten sogar nur 25 Stimmen erzielten.

Ein kleines, aber interessantes Symptom für die Stimmung auf dem flachen Lande! Innerhalb weniger Wochen haben die Bürgerlichen empfindlich verloren, die Kommunisten sogar fast zwei Drittel ihrer Anhänger eingebüßt.

## Frankreich für deutsche Endsumme.

### Es hat Interesse an der beschleunigten Festschließung.

London, 18. Januar.

Der Pariser Berichterstatter der „Morning Post“ bezeichnet es als möglich, daß die Besprechungen des Generalagenten für Reparationen mit der französischen Regierung dazu führen werden, die endgültige Festschließung der deutschen Verpflichtung nicht, wie früher angenommen wurde, in fünf oder zehn Jahren, sondern schon nach dem ersten oder zweiten Jahr der Zahlung der vollen Jahreszahlungen durch Deutschland eintreten zu lassen. Die Verhandlungen seien zwar geheim, aber soviel man höre, fänden die Vorschläge Parker Gilberts nicht den Widerstand, den die früher von Frankreich an seinem Bericht geübte Kritik erwarten ließ.

## Parker Gilbert bei Briand.

Paris, 18. Januar.

Minister des Äußeren Briand hat gestern nachmittag den Generalagenten für die Reparationszahlungen, Parker Gilbert, und den Vorsitzenden der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz, Davidson, empfangen.

Das belgische Mitglied der Saarregierung, Lambert, hat endlich seinen Rücktritt zum 31. März angekündigt. Sein Nachfolger — vermutlich ein Skandinavier — wird auf der Märztagung des Kais bestimmt werden.



# Solidarität mit Bazille.

## Die Deutschnationalen übernehmen die Verantwortung.

Die Deutschnationale Parteikorrespondenz erklärt ihr Einverständnis mit der tollen Rede Bazilles auf der Bänderkonferenz. Sie schreibt:

„Kann es wundernehmen, daß der „Vorwärts“ solche Ausführungen übernimmt, Bazille hat sich ja die Gedanken, gänge der Deutschnationalen Entschliebung vom 7. Dezember 1927 zur Verwaltungs- und Verfassungsreform zu eigen gemacht, in der auch die Einschränkung der Minderheitsrechte der Parlamente durch Ausbau der verfassungsmäßigen Rechte des Reichspräsidenten gefordert wurde. Auch Bazille trat für die Beseitigung des Dualismus zwischen Reich und Preußen ein, er verlangte die Vereinigung der Aemter des Reichspräsidenten und preußischen Staatspräsidenten.“

Die unverantwortliche Drohung mit dem Reichsverrat ist also deutschnationale Parteisache.

# Parlamente und öffentlicher Haushalt.

## Höpler-Wachhoff über sparsame Finanzwirtschaft.

Auf der Bänderkonferenz behandelte Dienstag nachmittag der preussische Finanzminister Dr. Höpler-Wachhoff als Referent das Thema des zweiten Punktes der Tagesordnung: „Maßnahmen zur Gewährleistung sparsamer Finanzwirtschaft“. Er betonte zunächst, daß der Preussische Landtag stets ein hohes Maß von Verantwortung bei Ausgabeentscheidungen gezeigt habe. In einem Vergleich aus England und Frankreich zeigte dann der preussische Finanzminister die besondere Rolle, die der Haushalt in Deutschland infolge der Zwangsläufigkeit der Ausgaben und der Rechte des Parlaments spielt. Er rief, die Bestimmung zu übernehmen, daß Anträge auf Mehrausgaben nur mit Zustimmung der Regierung eingebracht werden können. Ferner soll das Parlament die Einnahmen im Etat nicht höher einstellen dürfen als die Regierung verlangt. Anliegegesetze dürfen nicht als Initiativanträge eingebracht werden. Finanzminister Dr. Höpler-Wachhoff behandelte dann die Stellung des Finanzministers im Kabinett.

Um ein weiteres Ansteigen der öffentlichen Haushalte zu verhindern, müßte die Bestimmung getroffen werden, daß Etats-erhöhungen gegenüber dem Vorjahre nur mit Zustimmung des Finanzministers vorgenommen werden dürfen. Der Referent warnt daher, dritte Stellen, etwa den Reichspräsidenten oder den Reichsparlamentarier, einzuschalten. Auch erklärte er sich gegen ein Einspruchsrecht des Reichsfinanzministers gegenüber dem Landtag. Das sei eine unmögliche Aufgabe für den Reichsfinanzminister.

Der Minister behandelte dann die Finanzgebarung der Gemeinden und führte aus, daß die Schranke, die die Beratungsstelle für Länder und Gemeinden sei, nicht noch weiter erhöht werden könne. In Preußen habe die Verwaltung in den Kommunen eine sehr starke Stellung, sowohl der Magistrate wie der Bürgermeister. Zudem bestehe ein Vetorecht der Aufsichtsbehörde, daß die Beschlüsse über die Festlegung der Steuern von gewissen Sägen abgesehen werden müssen. Es komme da nur noch ein Eingriff der Aufsichtsbehörde in Frage, wenn der Etat gegenüber dem Vorjahre anwache.

Die Bänderkonferenz nahm heute morgen ihren Fortgang mit dem Referat des sächsischen Innenministers Lepel über Verwaltungsreform in Reich und Ländern, zu dem der bayerische Innenminister Stübel das Referat erstellte.

Die Tagungsordnung vor dem Landtagsschluß. Der Verfassungsausschuß des Preussischen Landtages billigte am Dienstag die bekannte Komposition vom 8. August über die Befestigung der Dienstgebäude und Schulen in den Gemeinden. Für die Verordnung waren 15 Stimmen der Regierungsparteien, gegen sie 11 Stimmen der Rechten und der Kommunisten.

# Die Tagung des IOB.

## Die Konferenz der Berufsfunktionäre.

Heute vormittag trat die vom Ausschuss eingesetzte Kommission zu ihren Beratungen zusammen, über deren Ergebnisse der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses und der Internationalen Berufsfunktionäre am Donnerstag berichtet wird.

Die Konferenz der Vertreter der Internationalen Berufsfunktionäre wird von dem Genossen Merrens eröffnet und geleitet. Die neugegründete internationale Vereinigung der Maschinisten und Heizer hat ihre Zulassung zum IOB beantragt. Nach einiger Diskussion wurde dem Vortrage zugestimmt, die Entscheidung dem Bureau des IOB zu überlassen, so daß etwaige Einsprüche noch geltend gemacht werden können.

Die Tagesordnung der Konferenz betrifft zunächst die Beziehungen der Internationalen Berufsfunktionäre zum IOB, die Beziehungen der Internationalen Gewerkschaftsbund, in Verbindung mit der Frage, welche Veränderungen im Zusammenhang mit der industriellen Entwicklung in den verschiedenen Ländern

oder aus anderen Gründen hinsichtlich der organisatorischen Beziehungen vorzunehmen seien.

Die eingehende Diskussion, die in der Hauptsache von den Genossen Tom Shaw, Simon, Tarnow und Jansen bestritten wird, dreht sich in der Hauptsache um die Durchführung der in Paris neu getroffenen Regelung der gegenseitigen Beziehungen und die besonderen Aufgaben der Konferenzen der Berufsfunktionäre.

Die weiteren Punkte der Tagesordnung betreffen die Durchführung der Kongressbeschlüsse des Internationalen Gewerkschaftsbundes und die Umgestaltung der Presse der Internationalen Berufsfunktionäre unter Beihilfe oder Mithilfe des IOB. Beschlüsse wurden jedoch nicht gefaßt, doch soll dem Bureau des IOB empfohlen werden, die künftigen Konferenzen der Berufsfunktionäre vorzubereiten und entsprechende Richtlinien auszuarbeiten.

Die Aussprache sollte eine Reihe wichtiger Anregungen auf-

# Der ungeheure Pensionsetat.

## Selbst-Putschisten erhalten Renten / Die Generalspensionen

Der Haushalt für Versorgungs- und Ruhegehälter, der in der Dienstlosgangung des Ausschusses für den Reichshaushalt beraten wurde, schließt ab mit 1780,3 Millionen Mark, und ist damit der größte aller Etats. Am nächsten kommt ihm der Kriegsaltenetat mit seinen 1434,5 Millionen. Gegenüber den 223,8 Millionen, die diese beiden Etats zunächst zwangsläufig veranlassen, bleiben die 1724,6 Millionen weit zurück, die das Reich für seine gesamte Verwaltung einschließlich der Wehrmacht gebraucht. Es war daher klar, daß in der sehr ausführlichen Beratung die Frage einen breiteren Raum einnahm, ob in absehbarer Zeit mit einer Verminderung der Lasten aus dem Etat für Versorgungs- und Ruhegehälter zu rechnen sei.

In der Spezialberatung wurde vom Genossen Hoffmann die folgende Entschliebung eingebracht und begründet: Die Reichsregierung zu ersuchen, Beihilfen an hilfsbedürftige Kriegsteilnehmer aus dem Jahre 1870/71 und aus früheren Feldzügen ab 1. April 1928 einheitlich auf 30 Mark im Monat festzusetzen. Die Regierung erklärte, der Antrag würde 4 Millionen kosten. Darauf lehnten die Regierungsparteien den sozialdemokratischen Antrag zwar ab, nahmen aber einen Antrag Quack an, der in Fällen besonderer Notlage eine angemessene Erhöhung der Beihilfen verlangt.

Eine weitere sozialdemokratische Entschliebung verlangt von der Reichsregierung unermäßig eine Gesetzesvorlage über die Festlegung einer Höchstpension und Regelung der Pensionserhöhung bei hohem Arbeitseinkommen vorzulegen; sie wurde angenommen. Einstimmige Annahme fand eine Zentrumsentschliebung, nach der die Regierung dem Reichstag baldigt den Entwurf eines Pensionsgesetzes für politische Beamte vorlegen solle.

Bei dieser Gelegenheit brachte Genosse Hoffmann den Fall Graf von Graf in der vertraute Mitarbeiter von Hitler, war beim Putsch am 9. Oktober 1923 in München verwundet worden und hat trotzdem von den bayerischen Stellen eine Rente zugesprochen erhalten. Die gleichen bayerischen Stellen lassen jetzt die Witwe Eisner im Armentrecht um eine Pension kämpfen.

Genosse Stücken wies auf den ungläublichen Zustand hin, daß nach diesem Etat 75 Offiziere im Range eines Generalsmajors, 37 im Range eines Generalleutnants und 13 im Range des Generals Pension erhalten. Diese Männer seien vorzeitig bei voller Gesundheit pensioniert worden, damit der Nachfolger einrücken konnte, der dann nach zwei Jahren auch wieder ausscheidet.

# Kommunisten im Hafenzentrumverein.

## Sie unterstützen die bolschewistischen Studentenschaften.

Aus Studententreffen wird uns geschrieben:

Die kommunistischen Studenten der Universität Berlin haben, wie sie selbst zugeben und wie protokolllarisch festgelegt worden ist, ihren Beitritt zu der neu gegründeten Freien Studentenschaft vollzogen, einer Organisation, der keine der nicht bolschewistischen Gruppen angehört. Sie haben nicht nur ihren Beitritt erklärt, sondern auch bereits am 12. Januar an einer Sitzung dieser Freien Studentenschaft teilgenommen. Um das Faktum voll würdigen zu können, muß man wissen, daß die Freie Studentenschaft weiterhin im organisatorischen Zusammenhang mit der Deutschen Studentenschaft bleibt, die ihrerseits als Gesamtorganisation an der sogenannten Würzburger Verfassung festhält und somit auch an der Tendenz des sogenannten Kriegerparagrafen, der bekanntlich zwischen arischen und nichtarischen Auslandsdeutschen unterscheidet. Die kommunistischen Studenten verschmähen es nach ihren eigenen Angaben auch nicht, der Freien Studentenschaft freiwillig Beiträge zu zahlen, und da diese Freie Studentenschaft ihrerseits natürlich auch Mittel an die Deutsche Studentenschaft abführen wird, werden aus diesem Fonds gleichzeitig die stets verschuldeten hafenzentrumserischen Kompositionen an der Wiener und Brager Universität unterstützt werden. Und warum das alles? Bloß um nicht durch irgendeine Koalition mit der sogenannten Zellenbildung verhindert zu werden, von der sich das Kommunistengruppchen offenbar weitgehende agitatorische Möglichkeiten verspricht.

# Soldat Schwejt und der Staatsanwalt

Die Breslauer Staatsanwaltschaft hat gegen eine dortige Wochenzeitung wegen Abdrucks des bekannten satirischen Romans „Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejt im Weltkrieg“ von Jaroslav Hasek Anklage erhoben. In der köstlichen Figur des Festkuraten Kaj erblickt sie eine „Verbreitung unzüchtiger Schriften“. Die Breslauer Staatsanwaltschaft ist im Irrtum. Der brave Soldat Schwejt hat keinen Siegeszug durch die ganze Welt genommen und hat die Bekanntschaft einer bolschewistischen Staatsanwaltschaft gar nicht nötig. Was würde Schwejt auf die Anklage antworten: „Reide gehorsamst, daß ich bin böß.“ Nicht wahr, Herr Staatsanwalt?

# Diskussion über Ehe und Untreue.

## Kammerspiele.

W. S. Maugham, der uns schon öfter mit seinen hübsch beobachteten und schmissig durchgeführten englischen Komödien erfreut hat, bringt in seinem Lustspiel: „Finden Sie, daß Constance sich richtig verhält?“ unsere wohlkundamentierten Anschauungen über die Ehe ins Bankett. Dabei geht er nach einem verblüffend unkomplizierten Rezept vor. Er entwirft die Ehe ihrer Romantik, die sowieso nicht mehr in die heutige sochlich nüchterne Zeit paßt. Wertwürdigerweise wird man das Gefühl nicht los, daß die Auseinandersetzungen alles andere als original sind. Und doch hält uns die mit so gutem Blick für Bühnenerfolg aufgezogene Komödie von der ersten bis zur letzten Szene in ihrem Bann. Das kommt daher, daß wir uns lange darüber klar sind, auf wie zerbrechlichen Füßen die Ehe-Ethik ruht. Es hat das nur bisher keiner in Lustspiel mit solcher Festgerichtigkeit ausgesprochen. Constance, eine äußerst energische Frau und lebenslustige Dame, führt die ganze Ehe moral ad absurdum, indem sie nichts als ihren nüchternen Verstand walten läßt. Sie ertappt ihren Mann auf einer Seitenerklärung. Zum großen Erstaunen aller Beteiligten nimmt sie ihn und ihre Freundin in Schutz, mit der sie ihre Seite hintergangen hat. Es wird wohl an ihr selbst liegen, sagt sie, wenn sie noch 13jähriger Ehe ihrem Mann nicht mehr reizvoll genug erscheint. Dieses überirdische Heldentum hat aber höchst reale Hintergründe. Sie hat sich nämlich in ihren früheren Jugendfreund verliebt und beginnt eine Liebschaft mit derselben Bedenklosigkeit, die ihr Gott gezeigt hat. Da sie erzählt ihm sogar ganz offen, was sie vorhat, und dem armen Mann bleibt nichts übrig, als dazu ja und amen zu sagen. Finden Sie, daß Constance sich richtig verhält?

Im Leben wird sich selten ein Mann damit einverstanden erklären, daß seine Frau ihm Hörner aufsetzt, besonders wenn er sie von neuem bewundert und anbetet. Hätte der Verfasser seiner Komödie eine Wendung nach dieser Richtung gegeben, so wäre sie fischig geworden. Dies sei nur nebenher erwähnt als nachdenklicher Beitrag zum Problem Kunst, Leben, Kunst.

Der Regisseur Horster Sarringog läßt die Komödie frisch und flott dahinfließen. Er legt über das amüsante Lustspiel einen Schimmer von Oberflächlichkeit, so daß man erst nach dem Flusse des Vortrags merkt, wie beunruhigend die Komödie im Grunde stimmt. Er selbst spielt den betrübenden und betrogenen Ehemann, entzückend leichtfertig, Kavaller ohne Leidenschaft und Lebenskünstler aus Gewohnheit. Hätte er sich beobachten können, so würde er die leichte Trottelhaftigkeit abgetreift haben, mit der er seine Rolle versteht. Er hätte auch seine Partnerin Leopoldine Konstantin daran verhindert, die Hauptrolle mit einer Akte auszuspielen, die nicht im Sinne des Lustspiels liegt. Die Konstantin spielt ihre Constance mit bewundernswürdiger Grazie und der erlauchtsten Sicherheit der vollständigsten Dame von Welt. Ihre Liebeslegenheit,

ihr Schicksal, ihre selbstverständliche Lebenswürdigkeit funkeln. Ihre Routine verleiht sie aber dazu, die Herzenswärme in ihrem an sich reizvollen Spiel nicht aufkommen zu lassen. Zurückhaltend, vornehm und innerlich gestaltet Theodor Hoos ihren Liebhaber. Kaprizios und voller Unmut ist die muntere Margarete Köpcke, und ein eigenartiges und eigenwilliges Talent Erna Reigbert, ein weiblicher Groteskkomiker.

Das charmante Lustspiel entzückt das Publikum sofort. Beifall ertönt auf offener Szene, und der Schlußapplaus will nicht enden. Ernst Degner.

„Stiefmama“ im Residenz-Theater. Die Geschichte von der Frau um vierzig herum, die nicht alt werden will, die sich als Stiefmama ihrer Tochter ausgibt, weil diese bereits lechzehn Jahre zählt. Die Geschichte von der Frau, die hungrig, menschenleibt, punktroff ist, um die moderne schlanke Linie zu erzielen. Aber alle geistigen und körperlichen Anstrengungen nützen nichts, am Schluß wird doch das wahre Alter enthüllt, das ganze künstliche Gebäude bricht zusammen. Dies das Thema des Lustspiels von Ludwig Hirschfeld und Paul Frankl. Daneben die üblichen Liebes- und ein Brautpaar am Ende. Es entlehnt ein Kompositum von grobdrähtigem Situationslustspiel und Charakterkomödie mit einem Dialog, der stellenweise geistreich funkelt. Die Verfasser verleben sich hin und wieder derart in den Dialog, daß sie darüber die Handlung vergessen. Die Regie hätte konzentrieren müssen, leider bevorzugt sie das Gegenteil. Von den Darstellern bieten zwei ausgezeichnete Leistungen. Paul Hendels ist ein abgeleiteter Mensch, ein Rauteur mit goldigen Herzen, äußerlich widerwärtig schlackig, grab, eine Figur aus einer Schnitzler-Komödie, und Hans Ernst spielt die ewig jung sein wollende Frau mit garten, verwischten Fortäden, mit quellendem Lachen, mit routinierter, scharmanter Koketterie. Unmöglich ist die Dekoration. B. S.

„Mannchen Bis“ im Seidenfimo. Das eigenartige und derbe Wahrzeichen der Stadt Brüssel, die 1619 errichtete Bronzefigur des „Mannchen Bis“, wird eine neue und ungewöhnliche Ehre erfahren. Der japanische Gesandte in Brüssel wird nämlich demnächst dem Bürgermeister von Brüssel ein prachtvolles Seidenfimo feierlich überreichen, das von der japanischen Zeitung „Wasi“ für das Männchen geschickt ist, das sich so wenig anständig ausführt und doch dem heiligen Volkstum so ehrwürdig ist. Die Figur, die ab und zu bei besonderen Gelegenheiten mit einem kostbaren Kleidungsstück geschmückt wird, wird den japanischen Kimono ebenso stolz tragen wie die vielen anderen Gewänder, die ihm bereits geschenkt worden sind. In der reichhaltigen Garderobe des „Mannchen Bis“ befinden sich u. a. das Kostüm eines Kokoro-Marquise, das von König Ludwig XV. gespendet wurde, die Uniform eines französischen Regiments, das 1919 in Brüssel in Garnison lag, und zahlreiche Uniformen heiliger Regimenter sowie Volkstrachten und lustige Gewänder, die von verschiedenen Vereinigungen ihm dargebracht wurden.

Deilings Geburtsstadt Komens bereitet anlässlich des 200. Geburtstag im Januar 1929 eine Feier großen Stils vor. U. a. soll ein Deilings-Park errichtet werden.

# Shaws Testamente.

„Jedes Drama, jedes meiner Vorträge enthält eine Botschaft.“ So sagte Shaw in einem Gespräch mit dem deutsch-amerikanischen Schriftsteller Bieder, das in der „Austische“ wiedergegeben wird. Mehr Wert als auf seine Dramen legt der große Dichter-Denker auf seine Vorträge. Hier hat er seine verschiedenen „Testamente“ niedergelegt. Das Wortwort zu „Androsus und der Löwe“ — befaßt sich mit der Botschaft —, so erklärte er, „ist mein Testament über das Christentum. Aber mein großes Werk darüber ist mein Wortwort über die Religion der „Schöpferischen Evolution“ zu „Zurück zu Methusalem“. Alle meine Vorträge sind von Bedeutung, besonders das zu „Major Barbara“. Letzteres ist mein Testament über die Ehe. „Hous Herzogstod“ ist mein Testament über den Krieg, das Wortwort zu „Cohor und Kleopatra“ mein Testament über das Genie, und mein soziales Evangelium ist in meinem neuen Buch über den Sozialismus enthalten.“

Bieder fragte dann, welches denn sein Testament über die Liebe sei. „Der Liebe“, erwiderte Shaw etwas verächtlich, „fehlt das persönliche Interesse. Liebe ist die unpersonliche aller Leidenschaft. Sie ist eine uralte Erfahrung in wirklichen Totsachen, aber auf dem Papier wird sie nur dadurch dem Reich unentzücklicher Langeweile entzückt, daß man sie zum Gegenstand der biologischen Wissenschaft macht. Selbst Shakespeare konnte die Liebe nicht interessant gestalten. Jedermann nähmt in „Romeo und Julia“, wenn Mercutio und die Kame die Bühne verlassen. Alle großen Liebesgeschichten, wie z. B. Francesca da Rimini, sind langweilig. Alle Menschen, die verliebt sind, sind solche Dioten.“ Die Ursache von Europas Elend war das Fehlen einer Religion, so schloß Shaw sein Bekenntnis. „Schon vor Darwin hatte die Religion ihren Fall verloren. Shakespeare hatte keine Religion. Er glaubte an nichts. Deshalb unterzog er sich nie der Mühe, ein originelles Drama zu schreiben. Er hatte keine Botschaft. Dahnagen war Goethe religiös, und das lehrte ihn instand, den „Faust“ in seinem hohen Alter zu vollenden. Die natürliche Zucht muß bei der Anpassung des Lebens an unseren Planeten eine ungeheure Rolle gespielt haben, aber es ist die schöpferische Evolution, die den Planeten unferm fortzulebten Streben nach größerem Wissen und größerer Macht anleitet.“

Das Österreichische Ausstellung in der Hofburg der k.k. Hof- u. Opern- u. Musikverwaltung mit dem Österreichisch-Deutschen Volkstheater. Es sollen viele Werke österreichischer Künstler vom Beginn des 18. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, hervorragende Kompositionen, vorgeführt werden. Vieles davon stammt aus der Sammlung der Albertina in Wien.

Die Zeitschrift „Planetarium“ in Moskau. Die Zeitschrift der Stadt Moskau hat in der Firma Carl Zeiss in Jena die Herstellung eines Zeiss-Planetariums in Auftrag gegeben. Das Planetarium wird im Zentrum der Stadt Moskau in den ehemaligen Zirkus eingebaut werden.

Justus Menckens verläßt. Friedrich Schiller hat jetzt keine Zeit mehr, an dem in dem Reichsarchiv gearbeitet hat, vollendet. Die Zeit ist für die Fertigstellung große Summen geboten wurden, hat er das Manuskript der französischen Akademie übergeben, damit es auf sein Lob herausgegeben wird.







## Konflikt in den Berliner Mühlen. Die Unternehmer lehnen jede Lohnzulage ab.

Der Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter hatte auf Beschluß einer Funktionärkonferenz den Lohn mit den Berliner Mühlen zum 1. Januar gekündigt und eine Lohnerhöhung von 15 Proz. gefordert. In den direkten Verhandlungen war mit den Unternehmern keine Verständigung zu erzielen, da sie jedes Entgegenkommen plan ablehnten. Die Unternehmer riefen den Schlichtungsausschuß an. Derselbe sträubte sich hartnäckig, auch nur einen Pfennig Lohnzulage zu gewähren. Es wurde schließlich ein Schiedspruch gefällt, der für die gelehrten Arbeiter ab 1. Januar bis 30. Juni eine Zulage von 2 Mark pro Woche und ab 1. Juli bis 31. Dezember eine Zulage von weiteren 2 Mark vorsieht. Die ungelehrten Arbeiter erhalten entsprechend der Bestimmung des Manteltarifvertrages 85 Proz. der Höhe der gelehrten Arbeiter und die Frauen 60 Proz.

Mit diesem Schiedspruch beschäftigte sich gestern Abend eine stark besuchte Funktionärversammlung der Mühlenarbeiter. Die nach längerer und eingehender Diskussion den Schiedspruch annahm.

Die Unternehmer, die sich genau wie die Mühlenarbeiter bis heute vormittags 10 Uhr über die Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches erklären sollten, haben bis heute mittag dem Schlichtungsausschuß keine Erklärung zugehen lassen. Damit gilt der Schiedspruch von den Unternehmern als abgelehnt. Der Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter hat daraufhin sofort die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches beantragt.

## Um den Bezirkstarif der Stukkateure.

Die Unternehmer wollen Verschlechterungen durchsetzen.

In einer von etwa 900 Mitgliedern besuchten Versammlung der Fachgruppe Stuck- und Gipspann des Bauergewerksbundes sprach der Fachgruppenleiter, Genosse Schedt über den Entwurf der Unternehmer zum Bezirkstarifvertrag. Am 1. Dezember ist der Reichstarifvertrag für das Stuckbaugewerbe in Kraft getreten, wodurch alle örtlichen und bezirklichen Tarifverträge ihre Gültigkeit verloren haben. Schon in den ersten Dezembertagen forderten die Berliner Unternehmer die Fachgruppenleitung auf, Vorschläge zu machen für einen neuen Bezirkstarif, da im Reichstarifvertrag einige Fragen der bezirklichen Regelung überlassen bleiben. Gleichzeitig teilten die Unternehmer aber auch mit, daß sie Herrn Dr. Landsberger als Vorsitzenden des Tarifamtes für die Zukunft ablehnten, womit sich jedoch die Fachgruppenleitung nicht einverstanden erklärte. Von welchem Uebermut die Unternehmer besetzt sind, erweist man daran, daß sie zwei Reichwerden bei der örtlichen Schlichtungskommission einzuweisen nicht scheuen, und sich auch Verstöße gegen den formell noch bestehenden örtlichen Tarifvertrag zuschulden kommen lassen.

Seit dem 31. Dezember liegt nun ein Entwurf der Unternehmer zu dem bezirklichen Tarifvertrag vor. Trotzdem der Reichstarifvertrag für das Berliner Stuckbaugewerbe zum Teil erhebliche Verschlechterungen gebracht hat, mit denen sich aber ein großer Teil der Berliner Stukkateure aus Solidarität für die durch den Tarif verbesserten Berufskollegen im Reich abgefunden hat, wollen die

Unternehmer in dem Bezirkstarifvertrag noch weitere Verschlechterungen durchsetzen. Soziale Bestimmungen, um die in früheren Jahren oft wochenlang hartnäckig gekämpft wurde, sollen nun auf Beschluß der Unternehmer beseitigt werden. Die Berliner Stukkateure befürchten, daß durch das Haupttarifamt, welches endgültige Entscheidungen fällen kann, ein Teil der so schwer erkämpften Positionen zugunsten der Unternehmer beseitigt werden kann, was beim Nichtbestehen eines Reichstarifvertrages nicht möglich gewesen wäre.

Die Berliner Stukkateure haben bisher mit der Regelung ihrer Arbeitsbedingungen an der Spitze der gesamten Bauarbeiterschaft gestanden. Sie forderten daher auch im Gegenzug zu dem Entwurf der Unternehmer die Beibehaltung der alten Bestimmungen, soweit diese nicht durch den Reichstarifvertrag neu geregelt worden sind. Darüber hinaus aber verlangten sie bis zum Ablauf der örtlichen Lohnregelung am 31. März d. J. eine Lohnaufbesserung als Ausgleich für die materiellen Einbußen, die sie durch den Reichstarifvertrag erlitten haben. Genosse Schedt betonte, daß dem Willen der Unternehmer, Verschlechterungen durchzusetzen, eine geschlossene Abwehrfront entgegengestellt werden müsse.

In der kurzen und launlichen Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß schließlich jede Verschlechterung auf Kosten der Qualität und Quantität der Arbeit und somit auch auf Kosten der Unternehmer gehen würde. Es wurde weiter einstimmig ein Antrag angenommen, in dem die Einführung des Wochenendes gefordert wird, aber bei Beibehaltung der achtstündigen Arbeitszeit an den übrigen Wochentagen.

In seinem Schlußwort forderte Genosse Schedt die Besam-

melten nochmals auf, geschlossen zusammenzutreten und auch vor einem offenen Kampf nicht zurückzuschrecken, wenn ihn die Unternehmer heraufbeschwören sollten.

## Fabrikarbeiterverband und keramische Kunst.

Am Donnerstag, dem 19. Januar, werden in fast allen Bezirken und Gruppen Berlins Bezirks- bzw. Gruppenversammlungen abgehalten, die sich mit den äußerst wichtigen Wahlen der Bezirks- und Gruppenleitung und der Delegierten zur Generalversammlung zu beschäftigen haben.

Die Kommunisten bieten alles auf, Anhänger ihrer Richtung auf diese Posten zu bringen, um so den Verband zu erobern. Das muß verhindert werden!

Daher ist es Pflicht aller Mitglieder, die auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stehen, unbedingt und pünktlich in den Versammlungen zu erscheinen und nur Kandidaten der Richtung Amsterdam ihre Stimme zu geben.

## Noch vor dem Arbeitsgericht.

In dem unter dieser Ueberschrift in der heutigen Morgennummer veröffentlichten Artikel ist zu berücksichtigen, daß sich das Urteil des Gerichts nicht auf § 41, sondern auf § 61 des Betriebsrätegesetzes bezieht.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: R. J. Salzer; Glosien und Sonstiges: Felix Karstadt; Kritiken: Th. Glade; Familie in Berlin: Berlin; Korrespondenz: G. m. b. H. Berlin; Graf: Fernandus-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Am Sonntag, dem 15. Januar, empfängt pünktlich und unermüdet mein lieber guter Mann, unser treuester, gesunder guter Vater, der Bogenerbauer

**Gustav Schenck**  
im Alter von 30 Jahren.

„Dies zeigen tiefgedrückt an“

**Pauline Schenck**  
geb. Höpfer, nebst Kindern  
Anna, Elise, Erna

Die Einsegnung findet am Freitag, dem 20. Januar, nachmittags 4 Uhr im Krematorium Baumgartenweg statt.

**Herren - Maß - Schneiderei**  
„ALEXECK“

Gontardstr. 5 II. Etg., Ecke Königl. Erbkassengasse. Solide Preise.

• Ratenzahlung ohne Preisaufschlag •

**Wandschmuckbilder**  
TEILZAHLUNG  
ohne Anzahlung  
kauft man direkt ab Fabrik

**Kunstbilder- u. Rahmenfabrik**  
„Diamant“, Prenzlauer Str. 47  
Katalog gratis.

**PEEK & CLOPPENBURG**  
BERLIN 19, GERTRAUDEN-STRASSE 25-27

**Alpentrachten**



Dirndkleider von M. 6<sup>75</sup> an

Bauernjacken von M. 8.- an

Kniehosen von M. 7.- an

# Total-Ausverkauf!

## Wegen Auflösung des Geschäfts

Am Donnerstag, dem 19. Januar 1928, vormittags 9 Uhr, beginnt das große Rennen nach unseren guten Qualitäten zu Schleuderpreisen!

Viele Waren erhalten Sie für einen Bruchteil Ihres früheren Wertes!

<b>Hemdentuch</b> starkfädig jetzt ab	<b>Küchen-Handtücher</b> jetzt ab	<b>Wischtücher</b> rotkarliert 45x45, ges. u. geb. jetzt ab	<b>Linon</b> 80 cm breit jetzt ab	<b>Linon</b> 120 cm breit jetzt ab	<b>Wäschebatist</b> 80 cm breit jetzt ab	<b>Renforcé</b> 80 cm breit jetzt ab	<b>Bettzücken</b> rotkarliert, 80 cm breit jetzt ab
<b>Hemdenflanell</b> hellgestreift jetzt ab	<b>Damast-Handtücher</b> 48x45, ges. u. geb. jetzt ab	<b>Rohnessel</b> ca. 80 cm, breit jetzt ab	<b>Lakenstoff</b> 140 cm, breit jetzt ab	<b>Kissen</b> 80x80, vollweiß jetzt ab	<b>Bettbezug</b> volle Größe, klarweiß jetzt ab	<b>Linon-ohne-Nacht-Bettbezug</b> 130x200 jetzt ab	<b>Kaffeedecken</b> karliert jetzt ab 1.30, 1.90
<b>Popeline, reine Wolle</b> jetzt ab	<b>Rips, reine Wolle</b> 130 cm br., f. über bis 7.90, jetzt	<b>Crépe-Schiffen helle Karos</b> jetzt	<b>Waschsamt</b> jetzt ab	<b>Crépe de Chine</b> 120 cm breit, reine Seide, p. Fabrikverkauf, früher bis 8.75, jetzt 5.90, 4.90	<b>Kleidervelour</b> schöne Muster jetzt ab	<b>Wuschseide</b> K-Seld.m.-Baum- wolle, gr. Muster jetzt ab	<b>Blusenflanell</b> hell gestreift jetzt ab
<b>Ein Posten Mäntel</b> a. modigen Fantasie- stoffen mit Pilsch besetzt früh. b. 12.90 jetzt	<b>Ein Posten Mäntel</b> a. reinwollenen Flausch mit Pilschbesatz früh. b. 16.50 jetzt	<b>Ein Posten Hauskleider</b> jetzt 1.90	<b>Ein Posten Kleider</b> aus Popeline u. Pulloverstoffen jetzt	<b>Ein Posten Röcke</b> aus gut. Fantasie- stoffen, a. reinwollenen Charakter mit Pilsch-Falten jetzt 3.95, 2.95, 2.25	<b>Ein Posten Blusen</b> Wuschstoff und Barchent jetzt 3.95, 2.95, 2.30, 1.95	<b>Kinder-Kleider</b> aus warmen Stoffen und Wuschstoff jetzt 2.95, 2.95, 1.95, 1.45	<b>Spitzen</b> verschied. Qualit. jetzt in 0.06, 0.04
<b>Etamine</b> Meter 0.28	<b>Madras</b> gute, erprobte Qualitäten Meter 1.45, 1.25	<b>Künstler-Garnitur</b> Teilig 4.50, 2.75	<b>Schellen-gardinenstoffe</b> Meter 0.55, 0.38	<b>Halbstores</b> gewebter Tüll oder Etamine 2.95, 1.35	<b>Bettdecken</b> zweibeinig 6.75, 4.75	<b>Bettvorleger</b> doppelseitig 1.95, 1.05, 1.20	<b>Kiöppelspitzen</b> 3-12 Nr. breit, jetzt Meter 0.15, 0.13, 0.09
<b>Damenstrümpfe</b> schwarz u. farbig jetzt	<b>Hemdosen</b> mit Spitze jetzt	<b>Selbstbinder</b> jetzt	<b>Oberhemden</b> weiß und farbig jetzt	<b>Frottier-Handtücher</b> bunt jetzt	<b>Einsatzhemden</b> guter Einsatz jetzt	<b>Kinder-Schlüpfer</b> Gr. 45-55 jetzt 0.55 Gr. 30-40 jetzt	<b>Waschtüll</b> jetzt Meter
<b>Herrensocken</b> grau . . . jetzt	<b>Trägerhemden</b> mit Stickerei jetzt	<b>Umlegekragen</b> Blakko . . . jetzt	<b>Damen-Handschuhe</b> Trikot . . . jetzt	<b>Jumper-Schürzen</b> Zephir . . . jetzt	<b>Seidenflor-strümpfe</b> jetzt	<b>Herren-Futterhosen</b> jetzt	<b>Hemdenpassen</b> Klöppel u. Säck. jetzt 0.90, 0.60, 0.45, 0.31, 0.22

Beachten Sie bitte unsere 11 Schaufenster!  
Mengenabgabe vorbehalten! Verkauf soweit Vorrat!

**Kaufhaus Sternfeld G.m. b. H.**  
Neukölln, Hermannstraße 210

<b>Rosenträger</b> Seidengummi jetzt	<b>Stickerelen</b> jetzt in 0.12, 1.30
<b>Damenstrümpfe</b> Doppelseitig, Hocheisen jetzt	<b>Stickerelen</b> 7 bis 15 cm br. jetzt in